Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 84 (1990)

Heft: 9

Artikel: Dossier : linke Zeitgenossenschaft in wirtschaftlicher Perspektive : der Verein kritischer Aktionärinnen und Aktionäre der Schweizerischen Bankgesellschaft

Autor: Biedermann, Marianne

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143565

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Verein kritischer Aktionärinnen und Aktionäre der Schweizerischen Bankgesellschaft

Zeitgenossen sind wir alle – oder Zeitgenossinnen. Alle auch in wirtschaftlicher Perspektive. Wir finden uns vor in kulturellen Strukturen und antworten auf sie, beeinflussen sie.

Verschieden ist, wie wir unsere Zeitgenossenschaft leben; fühlen, bedenken, gestalten. Auf welche Menschen und Ereignisse wir die bewusste Genossenschaft erstrecken und wo wir sagen: Damit habe ich nichts zu tun.

Über die Teilhabe an der Zerstörung und einen Versuch, sie zu mindern

Als ich von meinem Vater vor zehn Jahren 50 Inhaberaktien der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG) erbte, wusste ich nicht, was eine Inhaberaktie ist. Ich stellte aber fest, dass von da an jedes Jahr einige tausend Franken auf mein Konto flossen. Das fand ich angenehm.

Ich kam aber nicht umhin, darüber nachzudenken, woher dieses Geld kam, wem es genommen wurde oder wer es erarbeitet hatte, ohne nun darüber verfügen zu können.

Ich begann, über wirtschafts- und entwicklungspolitische Fragen zu lesen und nachzudenken. Ich begann, mich als Mitbesitzerin einer Bank zu begreifen, die Teil hat an der *gewaltigen Ausbeutung der armen Länder* durch die reichen. Dominierendes Instrument dieser Ausbeutung ist die Schuldenstrategie, dank der seit Jahren Milliarden Dollar vom Süden nach dem Norden fliessen.

Der Zwang zum *Schulden- und Zinsendienst* führt in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zur Unterordnung der Wirtschaft, der Politik, der gesamten Kultur unter diese Priorität. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen sind in der Folge so schlecht, dass sie nur durch politische Entrechtung und Unterdrückung der Menschen aufrechterhalten werden können. Im Zuge dieses Schulden- und Zinsendienstes werden die natürlichen Reichtümer verschleudert, ökonomische, ökologische und soziale Gleichgewichte zerstört.

1986 gründeten wir, d.h. einige Leute, die aus unterschiedlichen Lebenssituationen heraus in den Besitz von SBG-Aktien gelangt waren, den «Verein kritischer Aktionärinnen und Aktionäre der Schweizerischen Bankgesellschaft». An den *jährlichen Generalversammlungen* der Bank stellten unsere Mitglieder seither Fragen, konkrete Forderungen und Anträge zum Goldhandel mit Südafrika und zu Kreditvergaben an das dortige Regime sowie zur Verschuldungssituation Schwarzafrikas, Brasiliens und der Philippinen.

Hintergrunddossiers, Einladungen an prominente Zeitzeugen und Öffentlichkeitsarbeit bereiteten die Aktionen vor. Dem Verein haben sich bisher rund 50 Aktionärinnen und Aktionäre angeschlossen, die über knapp 2000 Aktien oder Stimmen verfügen.

Verein kritischer Aktionärinnen und Aktionäre der Schweizerischen Bankgesellschaft

Die Vereinsmitgliedschaft ist für Aktionärinnen und Aktionäre der SGB reserviert. Die Mitarbeit steht aber allen Interessierten offen.

Kontaktadresse:
Postfach 330
8027 Zürich
Tel. 01 53 67 61 / 202 35 36

In den ersten Jahren fanden Gespräche statt mit Vertretern der Bank, die sich aber weitgehend auf den Austausch fixierter Positionen beschränkten. Als die Bankenleitung diese Gespräche zum Vorwand nahm, um unseren Rednern an der Generalversammlung das Mikrophon abzustellen oder vorzuenthalten, bemühten wir uns nicht weiter darum.

Oppositionelle Aktionärsbewegungen in der Schweiz und im Ausland

Schon seit Jahren melden sich vereinzelt Männer und Frauen an den Generalver-

sammlungen von Banken und Grossunternehmen wie *Ciba-Geigy* oder *Alusuisse* und üben Kritik an deren Geschäftspolitik. 1981 haben sich in der Schweiz erstmals kritische Aktionärinnen und Aktionäre organisiert: als *CANES,* Convention d'actionnaires Nestlé. Mit substantiellen Recherchen, Forderungen und Angriffen beschäftigen sie die Verwaltung, die andern Aktionäre und gegenwärtig auch das Bundesgericht.

In den *USA* haben derartige Bemühungen um eine Aktionärsdemokratie die längste Tradition, und die Bewegung hat dort eine wirtschaftliche und politische Bedeutung gewonnen, die über jene europäischer Gruppen hinausgeht. Institutionelle Anleger wie Kirchen, Universitäten, Pensionskassen und Spitäler sind in den USA eher sensibilisiert gegenüber ethischen Fragen im Anlagebereich – insbesondere was das Apartheidregime in Südafrika betrifft.

Die kritischen Aktionärsgruppen suchen sich international zu vernetzen und einander zu unterstützen. Dem beugen nun aber schweizerische Unternehmen vor: In nahezu identischem Wortlaut finden gegenwärtig reihum *Statutenänderungen* statt, die eine mögliche Einflussnahme oppositioneller Bewegungen zum vornherein beschränken. Bei der SBG darf keine Einzelperson oder Gruppe mehr als fünf Prozent aller Stimmen vertreten.

Da wir mit unserem Verein einen Stimmenanteil unter der Promillegrenze vertreten, geht es uns ohnehin nicht um Mehrheiten, sondern um die *symbolische Aktion.*

Die Achillesferse der Bank: ihr Image

Die SBG ist *nicht einfach ein Geldinstitut.* Sie veranstaltet Fotowettbewerbe und Feierabendkonzerte, kauft Künstler und Weltumsegler, publiziert Schriften für die werdende Mutter, für den Vereinskassier, für Ferienreisende nach Südafrika und zur Frage, ob die Schweiz eine Elite brauche (ja). Gemeinsam mit andern Wirtschaftszweigen möchte sie die Kultur in einem Ausmass sponsern, dass es, nach der Vorstellung von SBG-Direktor, Brigadier und Nationalrat Ernst Mühlemann lediglich noch «flankierender Massnahmen des Staates» bedarf.

Mit grossem Aufwand pflegt die SBG ihr Image als *verlässlicher Freund und Helfer* in allen Lebenslagen. Dieses Image ist Ideologie, ist Verleugnung, Verschleierung brutaler wirtschaftlicher und politischer Realitäten. Und dies machen wir zum Thema. Wir können weder die Bankenleitung noch alle Aktionärinnen und Aktionäre für unser Anliegen interessieren – aber wir ergreifen die Gelegenheit, vor versammelten Medien und vor 3000 Leuten auf die Schattenseiten der glanzvollen Geschäftsberichte hinzuweisen, danach zu fragen, wer den Preis bezahlt – etwa für die 900 Millionen Reingewinn, die die SBG dieses Jahr ausweist.

Wir verweisen auf die *moralische Illegitimität* zahlreicher Geschäfte, selbst wenn sie sich im gesetzlichen Rahmen bewegen. Dass die SBG und andere Schweizer Banken aber auch immer wieder gegen das Schweizerische Bankengesetz verstossen, haben wir dieses Jahr in einem Dossier am Beispiel der Philippinen aufgezeigt.

Unvereinbare Demokratiebegriffe

Die Grundidee von Demokratie ist, dass *alle Betroffenen* mitentscheiden. In unserer bürgerlichen Demokratie wird diese Idee aufgehoben, indem zentrale gesellschaftliche, insbesondere wirtschaftliche Bereiche von der öffentlichen Entscheidungsfindung abgekoppelt werden. Die gegenseitige Einflussnahme wird verleugnet. «Wir glauben nicht an wirtschaftliche Einflüsse auf die Politik, und wir sind die letzten, die ein solches Instrument handhaben würden», meinte 1988 der damalige Verwaltungsratspräsident Holzach in seiner Antwort auf unsere Forderungen.

Die Grundidee von Demokratie wird weiter ausgehöhlt, wenn den Laien, die die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, die Kompetenz abgesprochen wird, in wichtigen Fragen mitzudenken, mitzureden und letztlich mitzuentscheiden. In unserem Falle geht es um die ökonomische Kompetenz. «Wir brauchen uns von einer Gruppe von Sektierern nicht belehren zu lassen», sagte Holzach an der Jubiläumsversammlung von 1987.

Für die Organisatoren der Generalversammlungen und für die meisten Aktionärinnen und Aktionäre sind wir Dahergelau-

fene, die es besser wissen wollen als ihr Präsident, der ja seine Vertrauenswürdigkeit allein schon dadurch beweist, dass er erhöht noch über dem Podest der Generaldirektion thront und auf Grossleinwand projiziert wird. Die Fachmänner da oben werden schon wissen, was richtig ist, die Kasse jedenfalls hat bisher gestimmt.

Hofnarren der Mächtigen?

Von linker Seite werden wir auf die Gefahr verwiesen, Hofnarren der Bank zu werden, eine *Alibifunktion* zu übernehmen. Wir müssen uns überdies fragen: Was machen wir mit uns selber, indem wir uns auf diese Weise mit den Mächtigen einlassen? Unterwerfen wir uns schon, wenn wir mit ihnen ins Gespräch treten? Wir verschaffen uns Gehör, indem wir unsere Kritik in Bankensprache kleiden. Wir sprechen zu einem Zeitpunkt, den die Bank bestimmt: an der Generalversammlung. Wir sind berechenbar.

Auch auf eine andere Seite hin passen wir uns an: Wir wählen eine den *Medien* gerechte Struktur der Aktion; denn von den Medien vor allem wollen wir gehört werden, von ihnen hängt ab, ob wir mit unserem Anliegen öffentlich wahrgenommen werden. Die Sprache der Medien sprechen – das heisst: NEWS bringen, Ereignisse herstellen, am besten Sensationen. Die Beschreibung struktureller Gewalt ist nicht gefragt. Das Leiden und Sterben von Menschen an den vielfachen und komplexen Folgen der Verschuldungssituation oder etwa der ungerechten Tauschverhältnisse interessiert nicht – das hat man schon gelesen.

Es kommt zur paradoxen Situation, dass wir zufrieden sein müssen, wenn Verwaltungsratspräsident Senn unserem Gast und Redner, *Erzbischof Huddleston* aus England, wegen dessen Attacken gegen das Apartheidregime in Südafrika das Wort entzieht: Mit Bildern, wörtlichen Zitaten und Hintergrundberichten kam der Widerspruch zwischen Moral und Banken-Macht ausführlich zur Darstellung.

Dieses *Dilemma* – um uns zu wehren, passen wir uns an – ist Teil unserer Diskussionen. Im Reden über den politischen Weg schwebt uns ein Ziel vor, das nur vage bezeichnet werden kann und das von verschiedenen Mitgliedern des Vereins zweifellos sehr verschieden formuliert würde. In einem neuen Buch sagt Christa Wolf: «Ich muss mir immer wieder klarmachen – auch bei den heutigen Entwicklungen –, wie fundamental zerstörerisch unsere Zivilisation ist und dass es wahnsinnig schwer ist, aber eben doch geschehen muss, diese Destruktivität zu mindern» (Im Dialog, 1990).

Soll die Zerstörung gemindert werden, müssen wir sie zunächst bewusst machen. Unsere Arbeit ist *Bewusstseinsarbeit*. Die SBG ist ein Teil des Zerstörenden, und wir wollen, dass das möglichst vielen Menschen bewusst wird.

Ob wir mit unseren Aktionen aber zu einer Minderung dieser Zerstörung wirklich beitragen, können wir letztlich nicht wissen, in diesen Monaten zumal, wo wir über weniger Gewissheiten verfügen als je zuvor.

Der Widerspruch in uns selbst

Die geschilderte «Bewusstseinsarbeit» verändert zumindest das *Bewusstsein der Beteiligten*. Die Auseinandersetzung mit der Rolle und der Politik der Schweizer Banken ist zu einem Raster meiner Wahrnehmung geworden. Gegenüber einer Flut von Informationen, die mich täglich erreichen, habe ich umschriebene Fragen gefunden, Schwerpunkte von Aufmerksamkeit und erhöhter Sensibilität, eine Denkstruktur gegenüber den uns überschwemmenden täglichen Schreckensmeldungen.

Manche Vorgänge begreife ich neu, manche Zusammenhänge kann ich anders und genauer formulieren. Die Beschäftigung mit einem Zentrum männlicher Macht hat mich aufmerksam gemacht auf deren Kehrseite: die *Ausgrenzung und Ausbeutung der Frauen*; hier stosse ich auf einen Widerspruch, der mich wie kein anderer zum Nachdenken auffordert:

– Dem UNO-Bericht zur Lage der Frau von 1985 entnehme ich, dass weltweit zwei Drittel aller Arbeit von Frauen geleistet wird, dass Frauen aber nur über ein Zehntel aller Einkommen und über ein Hundertstel aller Vermögenswerte verfügen. Zahllose Frauen erschöpfen ihre Lebenskraft in der Massenfabrikation von Billigwaren für un-

sere Märkte. In den grossen Städten der Dritten Welt lebt ein überwiegender Teil der Frauen allein mit ihren Kindern von der sogenannten «Subsistenzwirtschaft»: von Kleinhandel, Kleinhandwerk und landwirtschaftlichem Kleinstanbau. Unter harten Konkurrenzbedingungen erarbeiten diese Frauen Produkte des Alltagsbedarfs und verkaufen sie zu Tiefstpreisen, die sie nur knapp überleben lassen, die jedoch der gesamten nationalen Wirtschaft und letztlich der Weltwirtschaft zugute kommen.

Dasselbe gilt für die Leistungen von Müttern und Hausfrauen überhaupt: Ihre anstrengende und durchaus qualifizierte (Reproduktions-)Arbeit schafft erst die Voraussetzung für alle Männerarbeit. Diese Leistungen werden von der herrschenden Ideologie für bedeutungslos befunden, für bezahlungsunwürdig – womit das Geld, also die Macht, in den Händen der Männer verbleibt.

Zu den Frauen gehöre ich auch.

– Als Weisse, Angehörige eines reichen industrialisierten Landes gehöre ich anderseits zu jenen paar Hundert Millionen durch und durch *Privilegierter*, die von morgens bis abends ein einigermassen angenehmes Leben führen, Waren und Energie gedankenlos konsumierend – während vier Milliarden Arme und Verarmende einen grossen Teil jener Werte erarbeiten, die wir verbrauchen. Die Dividenden aufs Bankkonto sind da nur gerade das Tüpfelchen aufs I.

Die *Generalversammlung* der SBG, als ein Ort, wo die Besitzer, Verwalter und Repräsentanten wirtschaftlicher Macht sich selber darstellen und feiern, ist eine Reise zum Hallenstadion in Oerlikon wert. Verwaltungsrat und Generaldirektion – alles Männer –, die Redner aus dem Aktionärskreis – alles Männer –, der militärische Ablauf und das pompöse, selbstgefällige Gehabe lassen die Veranstaltung als *Verdichtungsmoment eines Systems* begreifen, das rücksichtslos, voraussichtslos und einsichtslos nur immer wachsenden Profiten entgegenstrebt und nicht begreifen will und kann, dass es sich längst als zutiefst zerstörerisch erwiesen hat.

Marianne Biedermann

Zur Gründung der Alternativen Bank Schweiz ABS

Ein Ausweg aus dem übermächtigen Geldkreislauf?

Geld ist der *Lebensnerv der kapitalistischen Wirtschaftsform*, deren Triumph gerade in diesen Monaten über alle Zweifel erhaben erscheint. Wer lohnabhängig in einem privaten Unternehmen oder im öffentlichen Dienst arbeitet, ist über das Lohn- oder Postcheckkonto mit der Sphäre der Geldzirkulation verbunden; immer häufiger wird dabei auf neue Zahlungsmittel wie Kreditkarten zurückgegriffen. Unser Leben ist rundum in geldwirtschaftliche Zusammenhänge verstrickt.

Diejenigen aber, die ihren Lebensunterhalt nicht im Bereich der wirtschaftlichen Grossorganisationen, ob privat oder staatlich, bestreiten wollen, weil sie sich mit den Zielsetzungen der betreffenden Unternehmungen oder aber mit den hierarchischen Arbeitsformen nicht abfinden können, sind paradoxerweise erst recht nicht in der Lage, sich aus dem übermächtigen Geldkreislauf zu verabschieden. Auch selbstverwaltete Betriebe sind auf die Teilnahme an der Geldwirtschaft angewiesen, da der *Traum von der marktunabhängigen Existenz,* wie er in den Anfängen der Alternativwirtschaft der siebziger Jahre noch geträumt worden ist, sich als *unrealisierbar* erwiesen hat.

Aber nicht nur die Ansätze zum «ganz andern» im kleinen Rahmen sind gescheitert; auch die *grossen Gegenentwürfe* zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung scheinen vorerst ins *Reich der Utopien* verbannt zu sein. Das ist nicht nur der realen Macht des weltweiten Kapitalismus geschuldet,